



14. Februar 2020: Polizisten verlassen das Haus des Fliesenlegers Thomas N. in Minden, wo sich die Gruppe sechs Tage vorher getroffen hatte.

Foto: Althoff

Die rechtsradikale „Gruppe S.“ soll Terroranschläge geplant haben und steht von heute an vor Gericht

Nur der Kronzeuge ist auf freiem Fuß

Von Christian Althoff

MINDEN (WB). Polizisten sollten getötet werden, Politiker, Kinder und Muslime: So zumindest soll es in Chats stehen, die Polizisten über Monate mitgelesen haben.

In Stuttgart-Stammheim beginnt heute der Prozess gegen elf mutmaßliche Rechtsterroristen und einen Unterstützer, der bis zu seiner Festnahme im Polizeipräsidium Hamm beschäftigt war. In der Verhandlung geht es um die Gründung und die Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung und Verstöße gegen das Waffengesetz. Die Gruppe ist nach ihrem Anführer Werner S. (55) als „Gruppe S.“ bekannt.

Der 8. Februar 2020 war ein Samstag. Es war eine verschworene Truppe, die sich im Haus von Thomas N. (56) in Minden traf, um – so sieht es die Bundesanwaltschaft – Anschläge in Deutschland zu planen. Der selbstständige Fliesenleger war den Behörden als „Reichsbürger“ bekannt. Er teilte im Internet Posts, in denen Angela Merkel als „verbrecherische Kreatur“

bezeichnet und gegen Juden gehetzt wurde. Auf seinem Firmenwagen stand: „Ich bin Bürger des Deutschen Reiches und nicht Mitarbeiter der Firma BRD.“

Was das knappe Dutzend mutmaßlicher Terroristen bei seinem Treffen am 8. Februar nicht ahnte: Einem war die Sache zu heiß geworden. Er hatte sich an die Polizei gewandt, schon Monate vorher. Deshalb konnten Beamte des Landeskriminalamts Stuttgart die Verdächtigen und ihren Telefon- und Chatverkehr seit Herbst 2019 überwachen –

auch die Zusammenkunft in Minden, bei der „der Krieg“ besprochen werden sollte, wie es in einer Chatnachricht heißt.

Sechs Tage nach dem observierten Treffen kamen die Sicherheitsbehörden aus der Deckung. Sie durchsuchten Häuser in sechs Bundesländern und stellten Waffen und Sprengstoff sicher. Zwölf von 13 Beschuldigten kamen in U-Haft, nur der Kronzeuge blieb frei.

NRW erwies sich als geografischer Brennpunkt der „Gruppe S.“ Da gab es Thomas N. aus Minden und

Markus K. (36), der ein paar Straßen weiter wohnte – einen Bauhandwerker, der schon lange in den Akten des Bielefelder Staatsschutzes stand. Er soll als Ordner bei Neonazi-Demos in Magdeburg aufgefallen sein und an Neonazi-Aufmärschen in Hamm teilgenommen haben, die von Sascha Krolzig („Die Rechte“) organisiert wurden.

Der dritte Beschuldigte aus dem Kreis Minden-Lübbecke war Lagerarbeiter Ulf R. (46) aus Porta Westfalica. Bei dem zweifachen Familienvater wurden bei der

Razzia selbstgebaute Handgranaten entdeckt. Nach der Razzia führte Ulf R., der als „Reichsbürger“ galt, die Polizisten zu Erddepots im Wald. Dort wurde aber nichts strafrechtlich Relevantes gefunden. Ulf R. ist der einzige Beschuldigte, der heute nicht vor Gericht stehen wird: Er ist in der Untersuchungshaft gestorben, nach inoffiziellen Informationen durch Suizid.

Als Unterstützer der Gruppe sieht der Generalbundesanwalt Thorsten W. (51), einen inzwischen entlassenen früheren Sachbe-

arbeiter für Waffenangelegenheiten im Polizeipräsidium Hamm. Er soll sinngemäß in einem Chat geschrieben haben, durch die Tötung Unbeteiligter ließen sich die Überlebenden lenken.

Hinweise auf seine Gesinnung hatte die Polizei lange nicht ernstgenommen. So wehten 2018 auf dem Balkon des Polizeiangestellten Reichskriegsflaggen, an seinen Autokennzeichen war die EU-Flagge überklebt, und er soll szenetypische Modemarken getragen haben. Der Mittelalter-Fan soll der „Gruppe S.“ 5000 Euro für den Kauf von Waffen in Aussicht gestellt haben.

Die Bundesanwaltschaft wirft der Gruppe vor, sie habe durch die Tötung politisch Andersdenkender und möglichst vieler Muslime bürgerkriegsähnliche Zustände in Deutschland herbeiführen wollen. „Die Staats- und Gesellschaftsordnung sollte erschüttert und letztlich überwunden werden.“

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat bislang Verhandlungstermine bis September angesetzt, zwei pro Woche.



Thorsten W., Angestellter im Polizeipräsidium Hamm, präsentierte sich im Internet als Mittelalter-Fan mit Schwert und Schild.



Polizisten des Landeskriminalamts Stuttgart führen in Porta Westfalica Ulf R. aus seinem Haus.

Foto: Althoff

Junge Leute in Lagerhalle eingesperrt

Polizei beendet Party

PADERBORN (WB/itz). Die Paderborner Polizei hat am Samstagabend 44 junge Leute in einer Paderborner Gewerbehalle bei einer Party erwischt. Einige der Teilnehmer waren minderjährig. Weil mehrere Personen in Räumen eingeschlossen waren, wird unter anderem wegen des Verdachts der Freiheitsberaubung ermittelt. Kartonweise wurden zudem Taschen- und Bekleidungsplagiate namhafter Hersteller gefunden.

Kurz vor Mitternacht meldeten Zeugen aus der Gewerbehalle laute Musik. „Als eine Streife im Gewerbegebiet an der Senefelderstraße eintraf, wurden Musik und Licht abgeschaltet“, berichtet Polizeisprecher Michael Biermann. „Die Eingangstür war verriegelt. Sämtliche Fenster waren abgeklebt. Aus dem Gebäude kamen aber telefonisch Hinweise, dass Personen gegen ihren

Willen festgehalten werden“, berichtet Biermann.

Die Polizei habe sofort die Staatsanwaltschaft angerufen und weitere Einsatzkräfte aus den Nachbarkreisen angefordert. Biermann: „Noch bevor ein Schlüssel Dienst aktiv werden musste, wurde die Eingangstür geöffnet. In einem größeren Vorraum trafen die Polizisten auf 25 Personen. In weiteren Räumen, die teilweise vom Schlüsseldienst geöffnet werden mussten, wurden weitere junge Männer und Frauen entdeckt.“ Aus einem verschlossenen Raum seien sogar Hilferufe gedrungen. Hier entdeckten die Einsatzkräfte zwei Frauen im Alter von 19 und 20 sowie fünf Männer zwischen 18 und 26 Jahren. Sie gaben gegenüber der Polizei an, über mehrere Stunden in dem Raum eingeschlossen gewesen zu sein. Handys hätten sie abgeben müssen.

Davon hätten auch andere Teilnehmer der Party berichtet. Es sei offenbar darum gegangen, das Partygeschehen zu verschleiern, so die Polizei.

Insgesamt wurden die Personalien von 44 Personen festgestellt. Der Polizeisprecher: „Es handelte sich um Heranwachsende im Alter zwischen 18 und 26 Jahren sowie um fünf Mädchen und einen Jungen unter 18 Jahren. Die Personen waren zum Teil stark alkoholisiert.“

Die Polizei entdeckte außerdem große Mengen Alkohol, der bei der Party auch an Minderjährige verkauft wurde. Neben den gefälschten Taschen und T-Shirts gab es auch Hinweise auf illegales Glücksspiel.

Die Ermittlungen stehen am Anfang, sagte Biermann. Wer die Party initiiert hat und für die Taten verantwortlich ist, soll die Kripo jetzt klären.

Naturschutzverbände fordern Überarbeitung des Regionalplans für OWL

Warnung vor „Flächenfraß“

DETMOLD (WB/as). Der Regionalplan für Ostwestfalen-Lippe bleibt bei Umweltverbänden umstritten. Die Kritik an dem Entwurf der Bezirksregierung Detmold reißt nicht ab. Jetzt haben die Naturschutzverbände in OWL auf mehr als 400 Seiten über 700 Einwände, Bedenken und Anregungen zu den textlichen und zeichnerischen Darstellungen des Entwurfs vorgelegt.

„Was dort planerisch vorbereitet wird, öffnet einem ungesteuerten Flächenverbrauch Tür und Tor“, kritisiert Karsten Otte, Sprecher der Bezirkskonferenz Naturschutz. Der Regionalplan legt für die nächsten 20 Jahren den planerischen Rahmen für Siedlung, Gewerbe, Verkehrsinfrastruktur, den Abbau von Bodenschätzen, Naturschutz sowie Gewässer in OWL fest. Aus dem Plan entwickeln die Kommunen ihre Flächennutzungs- und Be-

bauungspläne. Die Naturschutzverbände kommen zu dem Ergebnis: „Das vom Regionalplan verfolgte Ziel, die Siedlungsentwicklung auf geeignete und möglichst konfliktarme Standorte zu konzentrieren, wird mit dem Entwurf komplett verfehlt.“ Der vorliegende Plan weist mehr als 440 Flächen mit rund 8000 Hektar als Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) aus. Dazu kommen mehr als 144 Flächen mit insgesamt etwa 4100 Hektar als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB).

Darunter seien, so die Naturschützer, „schutzwürdige Flächen für lokale Biotopverbände oder die Entwicklung von klimarelevanten Biotopen zu finden“. Von den insgesamt rund 12.000 Hektar ASB und GIB seien auf mehr als 6000 Hektar erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, sollten sie

bebaut werden. „Auch wenn es hier bisher um sogenannte Suchräume für Siedlungs- und Gewerbegebiete handelt, so werden sie durch die Pläne zu Vorranggebieten. Damit wird überall dort der Freiraum für schutzwürdige Naturbereiche komplett blockiert“, sagt Otte.

Der Regionalplan eröffne so den Kommunen die Option, nach und nach auf allen markierten Flächen entsprechend der ihnen zugewiesenen Flächenkontin-



Naturschutz-Sprecher Karsten Otte

Festnahme nach Beziehungstat

BLOMBERG (WB/ca). Vier Monate nach dem Fund einer Leiche in einem Wald bei Blomberg sehen die Behörden klarer. Die Kripo konnte den Toten im Januar als einen Türken (42) identifizieren, der in Schweden lebte und die dortige Staatsbürgerschaft hatte. Jetzt wurde ein in Hameln lebender Verwandter festgenommen, der an der Tötung beteiligt gewesen sein soll. Er kam in U-Haft. Das Opfer wurde erstochen, das Motiv kennt die Polizei noch nicht.

Geldautomat hält Sprengung stand

STEINHAGEN (WB/cm). Der Versuch, den Geldautomaten einer Sparkassenfiliale in Steinhagen aufzusprengen, ist am frühen Montagmorgen gescheitert. Anwohner hörten gegen 1.40 Uhr eine Explosion und alarmierten die Polizei. Als der erste Streifenwagen eintraf, waren die Täter schon weg – ohne Beute, der Tresor hatte standgehalten. Die Filiale kann vorerst nicht öffnen, weil sie schwer beschädigt wurde.

Impfstudie für Kinder gefordert

KÖLN (WB/KNA). Kinder- und Jugendärzte fordern Corona-Impfstoffe für chronisch kranke Kinder- und Jugendliche. Zulassungsstudien für kindgerechte Impfstoffe müssten vorangetrieben werden, forderte der Berufsverband in Köln. Elf Prozent der Mädchen und 16 Prozent der Jungen unter 17 Jahren hätten eine chronische Erkrankung, erklärte der Verband mit Verweis auf eine Studie des RKI. Dazu zählten Herzfehler, Krebs oder Epilepsie.

Blindgänger soll entschärft werden

PADERBORN (WB/ca). Bei Erdarbeiten zur Verlegung einer Wasserleitung ist in Paderborn ein 250 Kilogramm schwerer Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden worden. Die Entschärfung ist für morgen geplant. Die Stadt will Häuser im Umkreis von 250 Metern evakuieren, etwa 700 Menschen könnten betroffen sein. Bis es soweit ist, wird der Blindgänger von einem Sicherheitsdienst bewacht. In Paderborn werden immer wieder Bomben gefunden.